

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Adenauerallee 139-141

W-5300 Bonn 1

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG

Am 29. Mai wurden in Peenemünde/Usedom Kriegsschiffe der ehemaligen NVA-Volksmarine durch Aktivisten von Friedens- und Menschenrechtsgruppen besetzt. Die Besetzung ist eine Protestaktion gegen den Beschluß der Bundesregierung vom Juli 1992, 39 Kriegsschiffe nach Indonesien zu verkaufen. Die Aktion soll bis zur Rücknahme dieser Entscheidung fortgesetzt werden.
Das NEUE FORUM begrüßt diese Aktion.

Indonesien hält seit Dezember 1975 völkerrechtswidrig Ost-Timor besetzt. Seitdem sind den Besatzungstruppen mehr als 200 000 Osttimoresen zum Opfer gefallen, unzählige Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor, im Norden Sumatras und in Westpapua wurden und werden von indonesischen Sicherheitskräften begangen. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und die Gesellschaft für bedrohte Völker wiesen wiederholt darauf hin.
Nach einem Massaker indonesischer Militärs am 12. November 1991, bei dem nach Angaben von Kirchen mindestens 273 Timoresen getötet wurden, setzte die indonesische Regierung auf internationalen Druck eine Untersuchungskommission ein, deren Ergebnis Disziplinarstrafen für Offiziere und kurze Haftstrafen für einige Soldaten war. Für die Bundesregierung scheint damit das Recht gegeben, das Regime Präsident Suhartos weiter hochzurüsten.

Wie muß Suharto diese Waffen gegen Menschen einsetzen, damit sich selbst die Bundesregierung gezwungen sieht, dem entgegenzutreten, wie dies bei Hussein im Irak oder Milosevic und Karadzic im ehemaligen Jugoslawien geschieht?
Wird hier der nächste Vorwand geschaffen, bei dem dann auch deutsche Soldaten eingreifen sollen?

Die von der Bundesregierung betriebenen und von ihr gestatteten Waffengeschäfte mit Indonesien (Heckler & Koch liefert seit Jahren G 3-Schnellfeuergewehre nach Indonesien, die Lürssen-Werft baute Patrouillenboote und MBB läßt in Lizenz BO 105-Hubschrauber in Indonesien fertigen) stellen nicht nur den Bruch der von ihr vielfach beschworenen Prinzipien politischer Moral dar, sie verstoßen auch gegen das Verbot, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern! Gegen diesen eklatanten Rechtsbruch wird der Widerstand der Rüstungsgegner zur Pflicht.

ADRESSE
HAUS DER DEMOKRATIE
FRIEDRICHSTRASSE 165
O-1080 BERLIN

TELEFON
BERLIN 030/2292317
TELEFAX 030/2292351

BANKVERBINDUNG
BERLINER BANK AG KONTO-NR. 4382386600
BANKLEITZAHL 10020000

Das NEUE FORUM fordert die Bundesregierung auf
- **die Waffenlieferungen an Indonesien unverzüglich einzustellen,**
- **ihren Einfluß auf die indonesische Regierung dahingehend zu nutzen, daß der Völkermord in Ost-Timor und Westpapua beendet wird,**
- **alle Waffen der NVA zu vernichten.**

Die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung wird solange unglaubwürdig bleiben, wie die wirtschaftlichen und politischen Interessen Vorrang vor Menschenrechten haben.

Berlin, 31. Mai 1993, 15 Uhr

Für das **NEUE FORUM:**
Bernd Florath,
Steffen Steinbacher